

bin wir sehen, finden wir nichts als Sozialismus", so leben und hören diese verführten Geister heute über all den Sozialismus wachen.

Sogenannte soziale Gesetze, wie das Arbeitlosenversicherungsgesetz, das Arbeitsgerichtsgesetz, das Arbeitszeitgesetz usw., das Schlichtungsgesetz, das der ADGB „keineswegs ablehnt“, das nach Leypart der „Exploitation der Wirtschaftsdemokratie“ ist, fördert nach der Auffassung von Kapital und der ADGB-Führer das Wachsen des Sozialismus. Er ordnet die materiellen Interessen der Arbeiterklasse zwangsmäßig dem „Allgemeinwohl“ unter.

Die Arbeiterbank, die Millionen der unter großen Opfern von den Arbeitern aufgebrauchten Gewerkschaftsbeiträge durch kapitalistische Spekulationen vergeudet, die weitere unzählige Millionen durch dauernde Investition in kapitalistischen Betrieben der Verwendung im Interesse des Klassenkampfes entzieht, die Bauhütten, die in vollständiger Abhängigkeit von den privatkapitalistischen Beherrschern der Baustoffe ungeheure Summen eben solcher Mitgliederbeiträge verwenden, in deren Betrieben die Arbeitsbedingungen sich keineswegs von den in privatkapitalistischen Betrieben unterscheiden, die Genossenschaften, die sich immer mehr zur rein kapitalistischen Geschäftspraxis entwickeln, fördern nach ihrer Anschauung das Wachsen des Sozialismus.

Es ist eine Verhöhnung der Klassenbewußten deutschen Arbeiterklasse, die Tribüne des Kongresses der freien Gewerkschaften zur Proklamierung dieser sozialimperialistischen Gedankengänge zu mißbrauchen. Es ist eine Schändung des Geisteslebens der proletarischen Klasse Karl Marx, diese Auffassungen mit der von ihm begründeten Klassenideologie des internationalen Proletariats zu identifizieren.

Karl Marx und Lenin lehrten die internationale Arbeiterklasse, daß die imperialistische Periode, die Periode der Monopole und Truste wohl zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel führt, aber das Privateigentum der herrschenden kapitalistischen Klasse an ihnen nicht aufhebt. Daß diese Periode nicht zur Überwindung, sondern zur Verstärkung der inneren Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft führt und damit eine Verstärkung der imperialistischen und der Klassengegenstände hervorbringt. Sie ist die Periode der imperialistischen Kriege und der sozialen Revolution.

Der Staat, das Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse, wird in der Periode der Monopole und der Truste viel unmittelbarer und brutaler von den Beherrschern der Produktionsmittel zur Unterdrückung der proletarischen Massen verwendet. Daran ändert auch das Bestehen der Koalition zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien nichts. Wer sich an der Koalition beteiligt, läßt zur gemeinsamen Arbeit im Interesse des „Allgemeinwohls“ in der heutigen Klassengesellschaft mit den Beherrschern der Produktionsmittel und ihrer Wirtschaft, und Staatsorgane verbindet, wird zum Werkzeug dieser Gewalt gegen die ausgebeuteten Massen.

Viele tausende Beispiele hat das deutsche Proletariat an eigenen Leiden zu spüren bekommen. Das letzte, das die sozialdemokratischen Führer in der Bewilligung des Panzerkreuzers und der Kriegserklärungen den deutschen Arbeitermassen gegeben haben, zeigt den Weg, wohin die „Bewilligung der Wirtschaftsdemokratie“ tatsächlich führt.

Die Mitglieder der freien Gewerkschaften müssen mit aller Kraft gegen diese Entwicklung kämpfen. In Uebereinstimmung mit den Ausführungen des oppositionellen Delegierten Kraus müssen sie, entsprechend der konzentrierten Kampfkraft der Unternehmer, ihre Reihen fester schließen, revolutionäre Methoden in ihrem Kampfe anwenden, jede Möglichkeit zur Erhöhung ihrer Löhne und zur Verkürzung der Arbeitszeit schnell und ohne Rücksicht auf die bestehenden Verträge und gefällten Zwangsschiedsprüche auszunutzen. Sie müssen den Kampf gegen Kriegsgewalt und Faschismus führen und zur Aktion schreiten — zum Sturz des bestehenden kapitalistischen Ausbeutungssystems, zur Errichtung der Herrschaft der Arbeiter und Bauern — wenn die Situation dazu herangereift ist.

Nur dieser Weg führt zum Sozialismus!

### Absturz des Flugzeuges D 180 Drei Tote

II. Berlin, 6. September.

Am Donnerstag mittag verunglückte das planmäßige Flugzeug der Strecke Erfurt—München D 180 bei einer Landung in der Nähe von Heroldsbach, 5 Kilometer südwestlich Forchheim. Hierbei kamen der Flugzeugführer Zander und die beiden Passagiere Weider und Hanz ums Leben.

## Der beabsichtigte Trieb der SPD

Wie die zweite Panzerkreuzer-Rate gehoben werden soll

In der Leipziger Volkszeitung wird in einem Artikel „Zur zweiten Rate“ bestätigt, daß die SPD die zweite Panzerkreuzer-Rate mit einem Trieb im Reichstag erschieben will.

Die Leipziger Volkszeitung sagt, daß die Reichstagsaktion der SPD gegen die zweite Rate stimmen würde,

„wenn die bürgerlichen Parteien das ruhig geschehen lassen und wenn diese die zweite Rate bewilligen. Es soll sich also das Spiel, das schon im Kabinett verjagt wurde, im Plenum fortsetzen. Bekanntlich wollten die 4 Minister auch in der Regierung gegen den Panzerkreuzer stimmen, wenn sie in der Minderheit geblieben wären.“

Dann sagt die L. V., die Spekulation beruhe also auf der Hoffnung, daß die Bürgerlichen eine Mehrheit gegen die SPD für die zweite Rate zustande brächten. Sie schildert dann die Möglichkeit, daß durch Fernspielen oder auch tatsächliches Gegenstimmen bürgerlicher Abgeordneter die SPD gezwungen werden könnte, entweder aus der Regierung zu gehen, oder für die zweite Rate zu stimmen.

Aber es ist wenig Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die offenen Ausbeuterparteien der SPD nicht aus der Klemme helfen werden.

Dieser, die, wie die Deutschnationalen, im heftigsten Konkurrenzkampf mit der SPD um die Beteiligung an der Regierungskoalition stehen, können schwerlich ihrer imperialistischen Gesinnung wegen gegen den Panzerkreuzer stimmen, um die SPD zum Beschluß für den Panzerkreuzer zu zwingen.

Und diejenigen, die das ihrer Gesinnung wegen tun könnten, einige „linke“ Zentrumsteile und Demokraten, sind wieder so enge Freunde der Sozialdemokratie, daß sie ihr vielleicht keine Schwierigkeiten bereiten werden.

Der Trustpartei, der D. Vp., kann es gleich sein. Sie hat es jederzeit in der Hand, die SPD mit der D. Vp. zu verlassen, und umgekehrt.

Die Leipziger Volkszeitung dreht zwar die Mandäner auf die der Parteivorstand vorberichtet, aber sie unterstützt sie auch sofort, indem sie die Einberufung eines Parteitagcs fordert und versucht, die Arbeiter zum Kampfe gegen den Panzerkreuzer-

## 4 Jahre Panzerkreuzerpolitik

Die Forderung Seeverings auf dem ADGB-Kongreß / Der Panzerkreuzer „nur eine taktische“ Frage

Der ADGB-Kongreß zeigte getrennt sein sozialimperialistisches Gesicht mit aller Deutlichkeit. Der Panzerkreuzerbewilliger Seevering wurde von der verammelten Bürokratie und den ausgeschiedenen SPD-treuen Gewerkschaftsfunktionären mit türmischen Ovationen empfangen und konnte unter dem Jubel der Reformisten in einer brutalen Rede seiner Panzerkreuzerpolitik und deren Fortführung verteidigen. An die Adresse der Arbeiter, auch der sozialdemokratischen, die sich gegen den Bau der Panzerkreuzer und gegen die imperialistische Aufrüstung der deutschen Bourgeoisie in heftiger Empörung gewandt haben, donnerte Seevering in den Saal: „Mögen sie schwächen!“

Keiner der anwesenden „linken“ Sozialdemokraten wagte auch nur ein Wort des Widerspruches als Seevering mit aller Offenheit und Brutalität zum Ausdruck brachte, daß die SPD die Politik des 4. August konsequent fortsetze und weiter verfolgen werde. Seevering erklärte in seiner Ansprache nach dem Referat des ADGB-Sekretärs Hecker über „Die Bildungsaufgaben des ADGB“, daß sich in der Sozialpolitik sehr gut mit dem Zentrum zusammen arbeiten lasse. Nach diesem Loblied auf die Zusammenarbeit mit der reaktionären Woffenpartei erklärte Seevering weiter, daß die Sicherung der Republik nicht etwa erreicht werden könne, wenn man in der Regierung nur eine Gastrolle spiele und dann wieder austrete. Innerblüht brachte er zum Ausdruck, daß

die sozialdemokratischen Minister die feste Absicht hätten unter allen Umständen, während einer ganzen Legislaturperiode in der Regierung zu bleiben.

Aus den Ausführungen Seeverings ging klar und deutlich hervor, daß die SPD seit entschlossen ist, die Koalitionspolitik in den nächsten vier Jahren fortzusetzen, koste es was es wolle.

In bezug auf die Zustimmung der SPD-Minister zum Panzerkreuzerbau erklärte Seevering unter dem tosenden Beifall der ADGB-Bürokratie, die Bewilligung des Panzerkreuzers sei kein Verrat an der Arbeiterklasse,

die Bewilligung des Panzerkreuzers sei nur eine rein taktische Frage.

Nach dieser Erklärung mußten sich die bisherigen Anhänger der SPD bemühen, daß die Seevering, Wiffel und Hilferding bei der Durchführung der imperialistischen Regierungspolitik überhaupt vor nichts mehr zurückschrecken werden. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie unterstützt diesen Kurs voll und ganz.

Die Erklärung Seeverings ist deutlich genug. Die SPD wird also nicht nur nicht etwa aus der Regierung ausscheiden, sie ist entschlossen auch die weiteren Raten für den Panzerkreuzer zu bewilligen und im Interesse der Erhaltung der Koalitionspolitik dem Bau der noch vorgesehenen Panzerkreuzer zuzustimmen.

Auf dem Kongreß in Hamburg brachten die Reformisten auch nicht wie auf dem Verbandstag des DMB in Karlsruhe einen eigenen Antrag gegen den Panzerkreuzerbau ein. Nur die oppositionellen Delegierten unterstützten diesen Antrag. Taktische SPD-Delegierte kapitulierten vor dem Panzerkreuzertums und stimmten dagegen. Offen brachten die Reformisten zum Ausdruck, daß sie für die imperialistische Aufrüstung der deutschen Bourgeoisie sind.

In Karlsruhe, auf dem Verbandstag des DMB, wich die DMB-Bürokratie unter dem Proteststurm der Arbeiterklasse noch einmal zurück. Inzwischen haben sich die ADGB-Führer „gefaßt“. Sie treten offen und brutal für den deutschen Imperialismus ein. Und wer von den Arbeitern „räsoniert“ — gegen sie gibt es Reichsbanner-Kollommandos, Schupo, Reichswehr und Justizhäuser . . .

Den sozialdemokratischen Arbeitern muß gesagt werden, daß auch kein einziger der auf dem Kongreß anwesenden „linken“ SPD-Führer den oppositionellen Antrag gegen den Panzerkreuzer unterstützte, auch keiner von ihnen brachte etwa einen eigenen Antrag ein. Diese führenden „linken“ Sozialdemokraten, die zu Hause vor den Arbeitern und in ihrer Presse Opposition vortäuschten, unterstützten hier hemmungslos die Politik der

Leypart und Wiffel. Möge kein Arbeiter mehr auf diese „linken“ Führer irgendwelche Hoffnungen setzen. Sie folgen dem sozialimperialistischen und bürgerlichen Kurs. Unter allgemeiner Zustimmung der Reformisten erklärte Seevering, daß er vom Etat der Technischen Kohle etwas einsparen konnte, weil die Gewerkschaften selbst die Interessen des kapitalistischen Staates wahrnehmen, d. h. weil die ADGB-Bürokratie selbst dafür sorgen wird, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht durch Streiks erschüttert, die imperialistische Politik nicht durch Arbeitskämpfe erschwert wird.

Die ADGB-Bürokratie spricht eine brutale Sprache. Mögen sie alle Arbeiter hören und daraus die richtigen Konsequenzen ziehen.

### Für den Volkseinsatz

Die Ortsausführung des Ortsartikels für Heroldsbach und Solterhausen und Umgegend verpflichtete sich, alle Kräfte für den Volkseinsatz einzusetzen. Die Annahme der Entschließung erfolgte mit 6 gegen nur 2 Stimmen.

Die Mitgliederversammlung des DMB Weimar begrüßte den Volkseinsatz, ebenso die Gemeinde- und Staatsarbeiter von Weimar und die Unterbezirkskonferenz Erfurt des Schuhmacherverbandes, die Mitgliederversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Plauen (Vogl.), die Fachgruppenversammlung der Isolierer von Chemnitz, die Monatsversammlung des Allgem. Turnvereins Weichlich (Vogl.), die Ortsgruppe Oberlungwitz des Zentralverbandes der Arbeitslosen und Witwen Deutschlands, das Gemeindevorordnetenkollegium Einsiedel (Ergeb.), das Gemeindevorordnetenkollegium Oberweißbach (Ergeb.).

In einer Mitglieder- und Sympathisierenderversammlung der SPD, des KFD, der Roten Hilfe und der UH von Koffen, Siebenlehn und Hirschfelde wurde von einem anwesenden Reichsbannerkameraden eine Protestresolution gegen den Panzerkreuzerbau und für den Volkseinsatz eingebracht und einstimmig angenommen.

Gegen die Stimmen der SPD-Kollegen beschloß die Bezirksmitgliederversammlung des DMB Cannstadt eine Protestresolution gegen Panzerkreuzer, für Volkseinsatz.

Der Unterausschuß des ADGB Hildes hatte am Sonntag alle Arbeiterorganisationen zu einer örtlichen Sitzung für den Volkseinsatz geladen. Erschienen waren die Vertreter der drei größten Betriebe, Rheinisch, Koppel und Bauermann, sowie folgende Organisationen: KFD, KFD, KFD, Arbeiterparlamentskommission, Volkshor, Elementarer Sängerbund, Freidenker, das Kartell. Es wurde ein Ausschuß gewählt.

Am Sonntag wurde in Düsseldorf-Bill eine Konferenz von 16 Organisationen und 8 Betrieben abgehalten, die eine Entschließung für den Volkseinsatz faßte.

Für den Volkseinsatz erklärte sich die Belegschaft der Firma Joh. Peter Engels in Solingen, der Agt- und Hammerfabrik in Ohligs. Hier wurde auch ein Delegierter in das Ortskomitee für den Volkseinsatz entsandt.

Ferner eine Bezirkskonferenz der Freidenker, die am Sonntag in Düsseldorf stattfand, ebenso die Freidenker der Ortsgruppe Halpe. Im Bezirk Halle-Merseburg nahmen für den Volkseinsatz Stellung: die Mitgliederversammlung des DMB Halle, die Belegschaft von Werk 4 der Firma Wegelin und Hübner, die Berufsstraßenfahrer von Merseburg, eine Bezirksversammlung der Freidenker von Osterwerda, die Freidenker von Köppen bei Zeitz, eine öffentliche Freidenkerversammlung von Dölich, die Freidenker von Gräfenhainichen und Schmalkalden.

In einer öffentlichen Versammlung in Ippingen, in der zahlreiche Kleinbauern und auch Vertreter bürgerlicher Parteien, der SPD und auch Gemeindevorstand der Bürgerlichen und der SPD anwesend waren, beschloß nach einer erregten Debatte über die reaktionäre Politik in Gemeinde, Staat und Reich eine Resolution gegen den Panzerkreuzerbau und für den Volkseinsatz.

Eine Betriebsversammlung der Firma Steinweg u. Sons, Hamburg, faßte eine Entschließung an den ADGB, in der u. a. auch die Unterstützung des von der SPD eingeleiteten Volkseinsatzes gefordert wird.

Die Masse der Entscheidungen zeigt, daß die Arbeiter zur SPD stehen, daß sie den Kampf gegen den Panzerkreuzer unterstützen.

### Die Rebellion in der SPD

In der Mitgliederversammlung der SPD in Erfurt wurde ein Antrag Bauer eingebracht, der den Ausschluß der vier Panzerkreuzer-Minister aus der sozialdemokratischen Partei forderte. Um die Annahme des Antrages zu verhindern, ließ der Vorstand gar nicht darüber abstimmen. Eine ganze Anzahl alter und junger Sozialdemokraten kamen zu unserem Erfurter Parteiorgan und berichteten, wie härmlich es in der Versammlung zugegangen war.

Im Klassenkampf, Halle, veröffentlicht der bisherige Sozialdemokrat Heinz Sander einen Leitartikel: „Mein Hebertritt von der SPD zur KPD“, indem er ausführlich die Gründe für seine Abkehr von der SPD darlegt. Heinz Sander in Merseburg war 7 Jahre Funktionär der SPD, ist heute noch Funktionär im DMB und befaßte auch die Wirtschaftsschule in Döberitz.

### Vom Tage

Zwei Arbeiter aus dem fünften Stockwerk in die Tiefe gestürzt

II. Hamburg, 6. September. Auf einem Neubau in der inneren Stadt ereignete sich am Donnerstag vormittag ein schwerer Unfall. Zwei Bauarbeiter waren im fünften Stock an dem Gerüst beschäftigt als plötzlich ein Querbalken brach und beide Arbeiter durch den Riß in den Keller stürzten. Während der eine sofort tot war, wurde der andere in hoffnungslosem Zustande dem Krankenhaus zugeführt. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Sechs Kinder bei einer Pulverexplosion schwer verletzt

II. Brüssel, 6. September. In Négheim in der Provinz Westflandern wurden sechs Kinder, die eine größere Menge aufgefundenen Pulvers mit einem Zündholz zur Explosion brachten, schwer verletzt.

Fünf Kommunisten in Italien verurteilt

II. Triest, 6. September. Die Triester Provinzialverwaltung hat fünf Kommunisten wegen italienfeindlicher und staatsgefährlicher Verberbeitigkeit zu fünfjährigem Zwangsaufenthalt verurteilt.

Witterungsaussichten für den 8. September: Fortbestand des klaren, warmen Wetters, nur geringe Wolkendeckung, westliche Winde.

### Schieberdynastie Stinnes.



Sie die Alten fangen —



— so zwischern die Jungen.